

# LUDWIG ERHARD

# SETZ

Ulrich Horstmann, Luise Schlippenbach  
Stephan Werhahn und Martin Zeil  
mit Günter Ederer, Gottfried Heller und Gerald Mann



FBV

Erhards Grundsätze sind den heutigen »Narrativen« entgegenzustellen. Europa ist als Schicksals- und Friedensgemeinschaft ohne bürgerliche Freiheit und Akzeptanz ein Irrweg.

Neue, sozial gedemütigte Untertanen dürfen kein Leitbild dieser vermeintlichen »Euro-Notgemeinschaft« sein. Diese scheinbar »alternativlose« Vision eines Euro-Großeuropa hätte Erhards Politikvorstellungen nicht entsprochen. Der Wettbewerb von freien und auch kleinen Staaten ohne Zollschranken stand bei ihm im Fokus. Auch für die Euro-Rettungspolitik gilt:

Man kann nicht mehr verteilen, als erwirtschaftet wurde. Dieser Grundsatz, der für eine schwäbische Hausfrau selbstverständlich ist, lässt sich durch die schönste Rhetorik nicht aushebeln.

Über die Bürger wird weiter hinweg regiert. 1956 schrieb Erhard an Adenauer:

*»Europäische Integration ohne entsprechenden Widerhall in der Öffentlichkeit verwirklichen zu wollen, ist ein Unding.«<sup>8</sup>*

Gottfried Heller formulierte bereits 1997 – also wenige Jahre vor der Einführung des Euro vor diesem Hintergrund:

*»Dem Nein des Volkes steht eine Führungsschicht gegenüber, die mehrheitlich den Euro will. Sie hat sich unter der Kanzlerschaft von Helmut Kohl zum Ziel gesetzt, mit Hilfe einer gemeinsamen Währung die europäischen Staaten zu einem europäischen Bundesstaat zu verschmelzen. Das ist ein höchst riskantes Unterfangen mit dem falschen Mittel zur falschen Zeit.*

*Die Großbanken tun sich als vehemente Verfechter der Euro-Währung hervor. Die Vermutung sei erlaubt, daß sie es tun, weil jetzt und später gute Geschäfte winken. Das gilt nicht für die Genossenschaftsbanken*

*und die Sparkassen. Diese Banken sollten also, wenn sie klug sind, nicht zu den Euro-Antreibern gehören.*

*Interessant ist, daß die Großindustrie und die Gewerkschaften einträchtig im selben Boot mit Macht auf den Euro zurudern. Die Euro-Lobby droht damit, daß ohne eine Währungsunion weitere Export-Jobs verloren gingen, weil dann die D-Mark noch höher steigen würde. Das ist eine unbeweisbare Behauptung. Denn die Stärke einer Währung hängt von der Produktivität und Dynamik der Wirtschaft eines Landes ab. In Deutschland – in ganz Europa – gilt es erst, den unbezahlbaren Wohlfahrtsstaat zu trimmen. Schrumpfung und nicht Expansion, Stagnation und nicht Dynamik ist für die nächsten Jahre angesagt.«<sup>9</sup>*

Dem ist wenig hinzuzufügen. Mit den vergemeinschafteten niedrigen Zinsen ging dann die Konsumparty vor allem in Südeuropa erst richtig los. Die inländischen Bürger, die den Euro nicht wollten, werden für diese Party in besonderem Maße herangezogen werden (über die Umverteilungen der Geldpolitik durch Staatsanleihenkäufe, Hilfsprogramme der EU und nicht zuletzt der Bankenunion, die die Vergemeinschaftung der Risiken abrundet). Manager verdienen als »vaterlandslose Gesellen«, ohne Bezug zu den Sozialsystemen ihrer Herkunftsländer, demgegenüber erwartungsgemäß weiter gut und können sich ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung entziehen.

Die wirtschaftliche Konzentration und die Umverteilung durch die fragwürdige Steuer- und Subventionspolitik schaffen Korrekturbedarf. Neben den Großkonzernen, der Finanzindustrie im Verbund mit den Ratingagenturen sind auch große Wirtschaftsprüfer Treiber der Umverteilung. So werden nach einer Reportage Konzerne von den vier weltweit größten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften beraten, die darauf spezialisiert sind, neue Steuerschlupflöcher zu finden.<sup>10</sup>

Politiker sind Teil dieser neuen Riesen-Konzernen, die Konzerne mit riesigen Einkommen und Gewinnen und dadurch mit hohen Streitwerten vertreten. Vielleicht können solche Politiker für ihre Aktivitäten sogar noch einen Aufsichtsratsjob erhalten oder ähnliches. Diese Politiker fördern einen neuen Kapitalismus mit eingeschränktem Wettbewerb, einen »Sozialismus für Reiche«. Sie haben gewissenlos beim Entstehen immer größerer Konzerne tatkräftig mitgeholfen, egal woher das Geld kam: Kapital aus Arabien, Russland oder aus anderen Quellen, Hauptsache die Mitbestimmung war halbwegs gewährleistet, und vor allem die Löhne stiegen regelmäßig; aber im Grunde wollte man über eine vermeintlich überschaubare Wirtschaftskonzentration auf wenige absichern, dass man vermeintlich mitsteuern kann (Beispiel: VW-Konzern).

Politiker erkaufen sich Stimmen mit Wahlversprechen und sind keine guten Unternehmer oder gar Marktwirtschaftler. Die Trennlinie zwischen Staat und Wirtschaft ist kaum mehr erkennbar und muss wieder klar gezogen werden.

Was Ludwig Erhard dazu gesagt hätte und wie seine Grundsätze heute lauten würden, kann sich jeder bei einer solchen Perspektive wohl selbst ausmalen, angesichts seiner Mahnung, die er auch in Boomzeiten gegenüber ausgabefreudigen Sozialpolitikern ausgesprochen hatte, dass man nicht mehr verteilen kann, als erwirtschaftet wurde. Sicher wäre Erhard sehr enttäuscht angesichts der politischen Fehlentwicklungen. Seine Mahnungen blieben ungehört. Statt Maß zu halten, verfallen die Politiker (im Verbund mit Großbanken und Großindustrie) – erneut der Hybris eines Großeuropas und regieren über die Bürger hinweg, denen sie die Risiken beim Scheitern des Experiments aufbürden.

Die Schuldenbilanz ist drückend, die Kassen der Sozialsysteme werden derzeit von der wahlprägenden älteren Generation geplündert.

*»Wenn ihr nicht sehr rasch etwas daran ändert, kommt zuerst ein Absturz mit Tränen und dann, mit etwas Glück, der Wiederaufbau mit Blut und Schweiß. Anschließend seid ihr reif für die Rente, die ihr dann trotzdem nicht bekommt.«<sup>1</sup>*

## ERHARD UND DIE KRITIK DER AKTUELLEN POLITIK (GOTTFRIED HELLER)

Jüngsten Umfragen zufolge (Stand: 2014) haben nur noch weniger als die Hälfte der Bundesbürger eine gute Meinung von der Sozialen Marktwirtschaft. Unsere Gesellschaft wird von vielen als »zu wenig gerecht«, als »nicht mehr sozial« empfunden.

Der Grund für diese Empfindung liegt in der Tatsache, dass in Deutschland die Soziale Marktwirtschaft im Erhard'schen Sinne nicht mehr existiert. Deutschland ist heute ein aus Steuergeldern finanzierter Umverteilungsstaat, vor dem Ludwig Erhard eindringlich in einem Artikel zum Thema Lebensstandard gewarnt hat:

*»Jeder ist seines Glückes Schmied. Es herrscht die individuelle Freiheit und dies umso mehr, je weniger sich der Staat anmaßt, den einzelnen Staatsbürger zu gängeln oder sich zu seinem Schutzherrn aufspielen zu wollen. Solche »Wohltat« muss das Volk immer teuer bezahlen, weil kein Staat seinen Bürgern mehr geben kann, als er ihnen vorher abgenommen hat – und das noch abzüglich der Kosten einer zwangsläufig immer mehr zum Selbstzweck ausartenden Sozialbürokratie. Nichts ist darum in der Regel unsozialer als der sogenannte »Wohlfahrtsstaat«, der die menschliche Verantwortung erschaffen und die individuelle Leistung absinken lässt.«<sup>12</sup>*

Die »Wohltaten« und ein riesiger Verteilungsapparat kosten die deutschen Bürger heute eine staatliche Abgabenquote von knapp 50 Prozent. Das heißt, dass wir im Schnitt fast die Hälfte des Jahres für den Staat arbeiten. Zu Erhards Zeiten war die Steuer- und Sozialabgabenquote nur etwa halb so hoch und er befand, dass diese »hohe Quote« unbedingt gesenkt werden müsse!